

Ist Betteln ein Menschenrecht?

Ein brisantes Thema war Titel eines Club 3.

Ein Beitrag von Kathrin Quatember.

Die teilweise äußerst polemisch geführten Diskussionen um Bettelverbote und den Umgang mit Bettlerinnen und Bettlern in den Straßen österreichischer Gemeinden und Städte reißen nicht ab. Aus diesem Grund beschloss das Friedensbüro, dieses Thema aufzugreifen und im Zuge eines Club 3 Expertinnen und Experten im Rahmen eines Podiumsgesprächs mit dem Titel „Ist Betteln ein Menschenrecht?“ zu Wort kommen zu lassen.

Zu Gast waren Robert Buggler (Politikwissenschaftler und Geschäftsführer der Salzburger Armutskonferenz), Marion Thuswald (Mitbegründerin der „Wiener Bettellobby“, Vorstandsmitglied des „Österreichischen Friedensdienstes“, sie setzte sich im Zuge ihrer Diplomarbeit mit dem Thema „Betteln in Wien“ auseinander), Ingeborg Haller (Rechtsanwältin und Gemeinderätin der Bürgerliste) und Nicole Sevik (Generalsekretärin des Vereins „Ketani für Sinti und Roma“ in Linz).

Rechtliche Lage

Zu Beginn der Diskussion ging Ingeborg Haller auf das Thema „Bettelverbot“ und den darum kreisenden Diskurs aus juristischer Sicht ein. Neben der Feststellung, dass man diesem „Problem“ nicht mit Verboten begegnen kann, wies Haller auf die zentralen Fragen hin, wem der öffentliche Raum überhaupt „gehört“ und wer sich in diesem Raum bewegen kann. Im Sinne dieser Fragestellung erläuterte sie, dass Betteln im öffentlichen Raum sowohl vonseiten der Grund- (Recht auf Privatleben, Recht auf Meinungsfreiheit, Recht auf Erwerbsfreiheit) als auch der Menschenrechte legitim ist. Was die Bettelverbote betrifft, so legte Haller dar, dass es in Salzburg lange schon ein sehr umfassendes Bettelverbot gibt (§29 Landessicherheitsgesetz) und dieses Verbot – vor allem im Zusammenhang mit der Rolle Salzburgs als „Festspielstadt“ – immer wieder in

Schüben diskutiert wurde. Während das Verbot in Salzburg umfassend ist, betrifft das Verbot in anderen Bundesländern Formen des „Bettelns auf aggressive Art und Weise“ oder auch „gewerbsmäßiges Betteln“. Abseits der juristischen Ebene meinte Haller, der Bettel-diskurs diene aber in erster Linie der Stimmungsmachung, da von rein juristischer Seite genug andere Möglichkeiten existieren, um gegen das Betteln vorzugehen. Tatsache ist, dass vor allem BettlerInnen mit nicht-österreichischem Hintergrund sowie Roma und Sinti in der Diskussion um das Bettelverbot oft angegriffen werden.

(Un)sichtbare Armut

Auch Robert Buggler meinte, dass sich gerade in Salzburg die Diskussion in letzter Zeit wieder verstärkt habe, und ergänzte, dass es sich hier um eine kleine Personengruppe handelt, die medial immer wieder stigmatisiert und von der Gesellschaft ausgegrenzt wird – man habe kein Bettelproblem, sondern ein grundsätzliches Problem im Umgang mit Armut. Als Grund dafür nannte er unter anderem die Tatsache, dass die Armut wieder sichtbarer wird. Statt bei der Armutsbekämpfung anzusetzen, versucht man, über Sicherheitspolizeigesetze soziale Fragen zu lösen. Um Betteln zu verbieten, Armut zu verstecken und Rechtfertigungsstrategien zu entwickeln, werden Bettler und Arme kriminalisiert. Marion Thuswald kommentierte die Situation in Wien sowie die Entstehung der Wiener Bettellobby. Ergänzend zu Ingeborg Haller wies sie darauf hin, dass die Auslegung des Wiener Landessicherheitsgesetzes (Verbot von aufdringlichem/gewerbsmäßigem Betteln, Betteln von Minderjährigen) oft zum Problem wird – insofern, als dass Menschen gewerbsmäßiges Betteln selbst dann schon unterstellt wird, wenn mehrere Personen in Absprache zum Betteln gehen. Medial wird diesen BettlerInnen

unterstellt, auf Weisung von Hintermännern zu agieren. Der Schutz vor Ausbeutung wird dabei als Argument für ein Bettelverbot verwendet. Diese Situation war auch einer der Hauptgründe für die Gründung der Wiener Bettellobby, die vor allem die Sammlung von Informationen, Vernetzung von Personen sowie die Einmischung in den öffentlichen Diskurs als ihre Aufgabe sieht.

Keine andere Wahl?

Nicole Sevik ging im Anschluss auf die Situation der Roma und Sinti in diesem Zusammenhang ein und hielt dabei fest, dass Betteln trotz der oft sehr negativen Berichterstattung natürlich kein ausschließliches Problem der Roma und Sinti sei. Gerade die schlechte sozioökonomische Situation dieser Volksgruppen in Osteuropa lässt ihnen oft keine andere Wahl, als zu betteln. Dabei schilderte sie auch ein Treffen mit einer Gruppe von Roma aus Rumänien, die berichteten, dass sie in ihren Heimatgemeinden keine Jobs bekommen und als letzte Konsequenz in größere Städte reisen, um durch den Bettelerwerb die Familien mit dem Notwendigsten zu versorgen. Viele wollen nicht mehr in ihre Heimat zurück und bleiben zwischen den Ländern und den Gesellschaften stecken, da sie weder hier noch in ihren Heimatorten eine Chance bekommen. Ein großes Problem sei auch, dass jene Teile der Bevölkerung, die bereits antiziganistische Vorurteile hätten, diese durch bettelnde Roma erst recht bestätigt sähen. Das Interesse des Publikums zeigte sich bei der anschließenden Diskussion, wo rege über Fragen der moralischen Ansprüche an Menschen in schwierigen Lebenssituationen, den Umgang mit Bettlern in der eigenen Lebenswelt, zivilgesellschaftliches Engagement sowie die Forderung nach einer positiven Sensibilisierung gesprochen wurde – in diesem Sinne also ein Thema, bei dem es sich lohnt, dranzubleiben.



Kathrin Quatember ist Mitarbeiterin des Friedensbüros Salzburg

rungspolitik, die Frankreich betrieben hat, die quasi freiwillige „Repatriierung“ von rumänischen Roma und somit von EU-Bürgern, war einzigartig.

Ist die Volksgruppe der Roma wieder zum Feindbild in Europa geworden?

Es sind offensichtlich nach wie vor negative Vorurteile gegenüber Roma und Sinti vorhanden, die immer wieder von der Gesellschaft einschließlich der Politik aktiviert werden. Und das, obwohl die „Roma-Frage“ in den letzten 10 oder 15 Jahren durchaus eine Politisierung im positiven Sinne erfahren hat, es eine vermehrte Aufmerksamkeit für deren Problemlage gab und ein Bewusstsein dafür, dass es besonderer Bemühungen bedarf, um die vorhandenen Probleme zu lösen. Jetzt gibt es plötzlich eine Art Rückschritt – diskriminierende Maßnahmen, die politisch nicht mehr konform waren, werden wieder von einem breiteren politischen Konsens, von Mainstreampolitikern, mitgetragen. Und das ist nicht nur Frankreich als Beispiel zu nennen, sondern auch Ungarn, die Slowakei oder die Tschechische Republik.

Wie ist die Situation in Österreich? Gab es eine (positive) Entwicklung in den letzten Jahren?

Nach dem Bombenattentat in Oberwart 1995 hat ein bewisser Umdenkungsprozess auch in der Politik stattgefunden. In den letzten Jahren hat sich in Österreich für diese Minderheit, die mit 25.000 bis 30.000 Mitgliedern nicht sehr groß ist, einiges getan, es gibt aber nach wie vor Probleme, sowohl am Arbeitsmarkt als auch was die Bildung und bestehende Diskriminierung betrifft.

Was kann zur Verbesserung der Situation in Bezug auf Bildung und, in weiterer Folge, in Bezug auf die Chancen am Arbeitsmarkt getan werden? Nach wie vor werden Roma-Kinder in vielen Ländern, unabhängig von ihren geistigen Fähigkeiten, in Sonderschulen geschickt.

Der Europäische Gerichtshof hat im Jahr 2007 die Tschechische Republik wegen der Verletzung des Rechts auf Zugang zu Bildung verurteilt. Dort wurden Roma-Kinder in einer überproportional hohen Anzahl in Sonderschulen geschickt. Die tschechische Regierung wurde aufgefordert, Maßnahmen zu erlassen, die Roma-Kindern den gleichen Zugang zu Bildung ermöglichen. Drei Jahre später muss man leider feststellen, dass sich kaum etwas verbessert hat. Die Schulen wurden einfach umbenannt – aus „Sonder-

schulen“ wurden „Practical Schools“. Schulen, die nach Sonderschullehrplan unterrichten, erhalten mehr Förderungen vom Staat, weshalb Schulen ein Interesse haben, dass möglichst viele Schüler einen Sonderschullehrplan „benötigen“. Ein anderes Beispiel: ich habe vor einigen Jahren Schulen in der Ostslowakei besucht. Roma-Kinder, deren Muttersprache Romanes war, wurden einfach in Sonderschulen gesteckt. Dabei hätten sie einfach entsprechende Sprachkurse gebraucht.

Länder in denen Roma-Kinder segregiert werden, sollten effektive Desegregationsmaßnahmen erlassen. Zudem sollte in Frühziehung, in Vorschulbildung investiert werden, um diesen Kindern die gleichen Schuleinstiegschancen zu geben.

Was braucht es, damit Gesetze zur Chancengleichheit auch auf lokaler Ebene greifen?

Zu allererst braucht es ein genuines politisches Commitment und auch adäquate finanzielle Mittel. Ohne entsprechenden politischen Willen greifen die schönsten Aktionspläne nicht. Und dafür braucht es eine entsprechende Bewusstseinsbildung und Unterstützung sowohl in der Mehrheitsbevölkerung als auch innerhalb der Roma-Gemeinschaft. Man muss mit der gesamten Gesellschaft arbeiten.

Welche Rolle spielt die Europäische Union?

Die Europäische Union ist sehr stark in der Schaffung von Standards und hat vor allem auch finanzielle Mittel und damit Verhandlungsgewicht. So gab und gibt es für alle Beitrittskandidaten Zielvorgaben im menschenrechtlichen und minderheitenrechtlichen Bereich. Auch auf der Ebene der Antidiskriminierungs-Gesetzgebung gab es Entwicklungen. Auf lokaler Ebene aber hat sich wenig geändert. Beispielsweise lag der Fokus bei den Abschiebungen von Roma aus Frankreich nach Rumänien auf der diskriminierenden Behandlung durch die französische Administration. Aber wir müssen uns auch fragen, warum diese Menschen ihre Heimat verlassen und sich für ein Leben in einem Camp in Frankreich entscheiden haben, wo sie nicht willkommen sind. Tatsache ist, dass Rumänien nicht genug getan hat. Es gibt in der EU finanzielle Förderungen, die zur Lösung bestimmter Problemlagen im Hinblick auf Roma bereitgestellt werden. Diese Gelder müssen aber von den einzelnen Regierungen abgerufen und Pro-

gramme umgesetzt werden. Und da sind wir wieder beim politischen Willen. Rumänien zum Beispiel hat nur etwa 16 Prozent der für Roma-Fragen zur Verfügung gestellten EU-Gelder ausgeschöpft, was unglaublich wenig ist.

Welchen Beitrag können Bildungsarbeit, Gedenken und Erinnerungskultur gegen Antiziganismus und Diskriminierung leisten?

Bildungsarbeit ist einer der Kernpunkte, um Diskriminierung und Rassismus entgegenzuwirken. Es ist unheimlich wichtig, mit der Mehrheitsbevölkerung zu arbeiten, Lernprozesse in Gang zu setzen und Bewusstseinsbildung dafür zu betreiben, dass Roma und Sinti Teil der jeweiligen Bevölkerung sind. Was die Erinnerungskultur betrifft: Auch viele Roma selbst wissen wenig über die Erfolgsgeschichte ihrer Volksgruppe. Da ist noch sehr viel Bildungsarbeit zu tun. Vor allem aber ist wichtig, dass man die Vergangenheit im Hinblick auf den aktuellen Bezug diskutiert und analysiert, was heute passiert. Man kann die Vergangenheit nicht rückgängig machen, aber man kann einen Beitrag dazu leisten, dass sie nicht wiederkehrt.

Mirjam Karoly ist Beraterin der OSZE in Roma- und Sinti-Fragen und Mitglied des Volksgruppenbeirats für Roma und Sinti in Österreich.

Konflikt aktuell 2010

Rechtsextremismus in Europa - von den Straßen in die Parlamente?

Montag, 7. Juni 2010

Mit:

Wolfgang Purtscheller, Journalist, profil/Der Standard, Belgrad/Budapest; Gregor Mayer, Journalist, Publizist und Rechtsextremismus-Experte

Ort: Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät der Uni Salzburg, Rudolfskai 4

Roma – Europas größte Minderheit

Montag, 22. November 2010

Mit:

Mirjam Karoly, Politologin, Beraterin der OSZE in Roma- und Sinti-Fragen und Mitglied des Österreichischen Volksgruppenbeirats für Roma

Moderation: Elfi Geiblinger

Ort: Haus Corso, Imbergstraße 2